

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden
□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 2 Mark

Nr. 23

Charlottenburg, Freitag, den 4. Juni 1915

Jahrg. 42

Bekanntmachung.

Mit dieser (Nr. 23) „Ameise“ erhalten die Zahlstellenleiter wieder neue Formulare für die wöchentliche Berichterstattung. Es werden jeder Zahlstelle 10 Stück zugestellt, ausreichend für eine Berichterstattung auf die Dauer von 10 Wochen. Zahlstellen, die keine, oder weniger wie 10 Berichtsmulare erhalten, wollen dies umgehend an den Verbandschriftführer melden, damit nachträgliche Zusendung erfolgen kann. Um regelmäßige und pünktliche Einsendung der Berichtsmulare wird dringend ersucht. Die Formulare sind regelmäßig jede Woche Sonnabends, spätestens am Sonntag auszufertigen und an den Verbandschriftführer abzusenden.

Das Verbandsbüro.

Bekanntmachung.

Für die Berichtswoche vom 17. bis 22. Mai hatten wir zum Mittwoch, den 26. Mai abends noch keine Berichte eingekandt:

Gehren, Gera (Neuß), Gräfenroda, Gräfenau, Ilmenau, Raghütte, Königsee, Langenau, Liegnitz, Müschen, Neustadt b. Coburg, Neustadt (Sa.), Plankenhammer, Rauenstein, Scheibe, Schmiedefeld, Sondershausen, Staffeln, Tettau, Waldershof, Wallhausen.

Das Verbandsbüro.

Noch einmal die Kriegswochenhilfe.

Nach den bisherigen Erfahrungen kommen die Frauen, die Anspruch auf die Kriegswochenhilfe erheben wollen, meist ohne die nötigen Papiere zur Krankenkasse. Dadurch muß sich aber naturgemäß die Auszahlung der Unterstützung verzögern. Wir wollen deshalb kurz einige Vorbedingungen für die Erlangung der Kriegswochenhilfe bekanntgeben.

Die Krankenkassen zahlen nur dann Unterstützungen aus, wenn entweder der Mann oder die Frau oder beide Krankenkassenmitglieder sind, resp. bis zum Eintritt in den Heeresdienst waren. Als Papiere sind beizubringen:

1. der Nachweis, daß der Mann Kriegsteilnehmer ist, der ohne weiteres auf Verlangen von den Stellen schriftlich gegeben wird, die die Kriegsunterstützung auszahlen,
2. die Heiratsurkunde,
3. das Krankentassenbuch oder die Mitgliedskarte der Krankenkasse. Gehörte der Mann innerhalb eines Jahres vor Eintritt in den Heeresdienst mehreren Krankentassen an und war er unmittelbar 6 Wochen vorher nicht hintereinander Mitglied ein und derselben Krankenkasse, dann sind die Mitgliedsbücher aller Kassen mitzubringen. Für diese Fälle empfiehlt sich auch die Beibringung der letzten Inwärtens-Quittungskarte.
4. Ist die Frau Krankentassenmitglied, muß sie auch ihr Mitgliedsbuch beibringen.

Wir können nur wieder dringend raten, mit diesen Papieren bereits einige Zeit vor der Entbindung die Krankenkasse aufzusuchen und den Anspruch anzumelden. Nach der Geburt des Kindes ist dann nur noch die Geburtsurkunde des Kindes der Krankenkasse einzureichen. Nur wenn in dieser Weise verfahren

wird, kann die Auszahlung der Unterstützung sofort nach der Entbindung erfolgen.

Ledige Wöchnerinnen müssen anstelle der Heiratsurkunde den Nachweis erbringen, daß der Vater des Kindes die Vaterschaft anerkennt. Wird für das Kind Kriegsunterstützung gezahlt, genügt der Nachweis hierfür. Im andern Falle mußte eine von dem militärischen Vorgesetzten beglaubigte schriftliche Erklärung des Vaters des Kindes beschafft werden.

Gleichzeitig wollen wir noch einmal darauf hinweisen, daß auch Nichtkriegerfrauen, die aber Kassenmitglieder sind und nach dem Statut Anspruch auf Wochenhilfe haben, während des Krieges die höheren Leistungen der Kriegswochenhilfe erhalten. Anstelle des hier vorgesehenen Wochenlohnes tritt in solchen Fällen das sachungsgemäße Wochenlohn der Kasse.

Da die Unkenntnis über die Bestimmungen der Kriegswochenhilfe erstaunlich groß ist, empfehlen sich immer wieder Hinweise auf diese.

Die Kriegstagung der deutschen Verbraucher.

Zu einer eindrucksvollen Kundgebung gestaltete sich die am Sonntag den 16. Mai in der „Viktoria-Brauerei“, Lützowstraße zu Berlin vom Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen abgehaltene Konferenz. Die dem Ausschuß angeschlossenen 60 Zentralorganisationen der Arbeiter, Angestellten, Reichs-, Staats- und Gemeindebeamten, Frauen und verschiedener gemeinnütziger sozialpolitischer Vereinigungen aus sämtlichen politischen und religiösen Lagern, ferner die am Sitz der Generalkommandos und sonstigen bedeutenden Orten bestehenden 20 Bezirksausschüsse mit 16 Ortsausschüssen hatten ihre Delegierten entsandt. Der Geschäftsbericht des Vorsitzenden, Kriegstagsabgeordneten Rob. Schmidt bot ein interessantes Bild über die Organisationsarbeit und die Entwicklung der deutschen Konsumentenbewegung, die heute von mehr als 7 Millionen Mitgliedern, mit Angehörigen also 25 Millionen Verbrauchern oder einem Drittel des deutschen Volkes getragen wird. Mit einer Reihe außenstehender Verbände schweben die Verhandlungen zum Anschluß noch und dürften baldigst zum Abschluß gelangen. Gegen den Kriegsausschuß haben sich der Verband junger Drogisten durch seinen Austritt sowie der Verband katholischer kaufmännischer Vereinigungen, der bei der Gründungsversammlung des K. f. K. vertreten war, durch ein Rundschreiben an seine Vereine gewandt. Darin kommt der gleiche Geist wie in den Auslassungen der konsumentenfeindlichen „Rabattspartners-Zeitung“, dem „Drogenhändler“, der „Drogrofa“ usw. zum Ausdruck. Einige Verbände halten sich bedauerlicher Weise aus Furcht vor einer Berührung ihrer Mitglieder mit anderen Ständen und Richtungen noch fern. Die Presse hat sich im allgemeinen den Veröffentlichungen der K. f. K. gegenüber sehr zugänglich gezeigt. Eine große Zahl von Mitarbeitern aus der Wissenschaft und dem Handel, der Landwirtschaft und dem Handwerk wurde zu den Beratungen über wichtige Maßnahmen hinzugezogen. Ein Beweis für die Hinfälligkeit des vielfach erhobenen Vorwurfs der Einseitigkeit der Interessenvertretung durch den Ausschuß. Auch die Bezirks- und Ortsausschüsse im ganzen Reich haben vielfach Hervorragendes in der Propagierung und Festigung der Bewegung geleistet. Ueber volkswirtschaftliche Tätigkeit des Kriegsaus-

schusses hielt Universitätsprofessor Dr. Waldemar Zimmermann einen eindrucksvollen Vortrag. Er führte aus, daß die Gründung des Kriegsausschusses aus dem Bestreben hervorgegangen ist, gegenüber dem Aushungerungsplan Englands die Durchhaltung zu organisieren und eine angemessene Preisgestaltung der vorhandenen Nahrungsmittel zu erstreben. Ihm fiel die Aufgabe zu, gegenüber den Bestrebungen in Regierungskreisen, die Einschränkung im Verbrauch durch eine Herabsetzung der Warenpreise zu erzielen, entgegenzuarbeiten und diese Sparpreispolitik durch eine Beschlagnahmepolitik zu bekämpfen. Diese Politik hat der Ausschuß durch Besprechungen mit der Regierung, durch Denkschriften, große öffentliche Kundgebungen und statistische Erhebungen sowie sonstige Selbsthilfemaßnahmen energisch verfolgt. Er kann die bald nach Aufnahme seiner Tätigkeit erfolgte Brotgetreide-Beschlagnahme als seinen ersten großen Erfolg vermerken. Mit gleicher Entschiedenheit, aber mit wechselndem Glück wurde die Sparpreispolitik der Regierung bei den Kartoffeln und beim Fleisch bekämpft. Auch in der Frage einer stärkeren Verwendung von Magermilch und Zucker, eines Verbots der Schnapsbrennerei, der Besserung der Rechtslage der Kriegerfamilien im Mietsvertrage, der Abwehr einer Kürzung von Gehältern und Löhnen usw. wurde zugunsten der Verbraucher mit Nachdruck gewirkt.

Die Aussprache über beide Vorträge brachte außer der einstimmigen Billigung der Vorstandsmaßnahmen eine Reihe wichtiger Anregungen. Ferner erstatteten die Bezirksorganisationen Berichte über ihre umfangreichen Arbeiten in der Provinz. Wiederholt wurde hervorgehoben, daß entgegen der von interessierten Stellen verbreiteten Auffassung der Kriegsausschluß nicht mittelstandsfeindlich sei. Nur gegen die Auswüchse des Geschäftslebens während des Krieges werde wie bisher energisch Front gemacht. Der solide Geschäftsmann, der angemessene Preise fordere, brauche in der Konsumentenorganisation keinen Gegner zu erblicken. Zum Schluß empfahl im Auftrage des Gesamtvorstandes Reichs- und Landtagsabgeordneter Giesberts die Fortführung und Weiterfinanzierung der Bewegung zunächst bis zum 31. Dezember. Nach kurzen Erklärungen von Bessler-Berlin, Robert Schmidt-Berlin, Hilbrandt-Berlin und Tischler-Berlin wurde der Vorschlag einmütig gutgeheißen. Sodann sprach Geheimrat Professor Dr. Jung-Berlin über das Thema: „Die Sicherung der künftigen Ernte für die Konsumenten“. Seine überaus beachtenswerten und mit lebhaftem Interesse verfolgten Ausführungen finden in den untenstehenden Richtlinien des Gesamtvorstandes ihren wesentlichsten Ausdruck. Hervorgerufen zu werden verdient noch sein Hinweis auf die Möglichkeit, daß wir mit unserer voraussichtlich nur mittelguten Getreideernte auskommen können, wenn ein sofortiges Verbot der Verfütterung erlassen wird. Außerdem müsse energisch zur künstlichen Trocknung wie in anderen Ländern geschritten werden. Eine Erhöhung der Brottration für die schwerarbeitende Bevölkerung, besonders die Landarbeiter, sei dringend zu wünschen. Dem Futtermangel könne durch Trocknung von Blättern aller Art in großem Maßstabe abgeholfen werden. Der wegen etwa 30 Proz. geringer Rübenanbauflächen wesentlich knappere Zuckervorrat müsse im Hinblick auf seine große Bedeutung bei der Volksernährung durch Höchstpreise im Groß- und Kleinhandel für den menschlichen Bedarf gegen die Spekulation gesichert werden. Die Streckung der Getreidevorräte durch Kartoffeln will der Vortragende beibehalten wissen, ferner soll sofort nach der Ernte mit der Herstellung getrockneter Kartoffelprodukte begonnen werden. Selbst bei ungünstiger Kartoffelernte sei ein großer Uberschuß über den menschlichen Bedarf vorhanden. Dieser könne unter scharfer Kontrolle des Schweinebestandes und bei Festsetzung eines angemessenen Preisverhältnisses zwischen Schweinen und Kartoffeln zur Fütterung benutzt werden. Zur Schonung der Kartoffelvorräte soll die Herstellung von Sprit aus Holz und ähnlichen Stoffen begünstigt werden. Als Ersatz für Fleisch läme die heute in großen Mengen verfütterte Magermilch in Betracht. Schließlich wandte sich der Vortragende gegen die Forderung nach Normalisierung der Preise auf Grund des Ergebnisses der letzten drei Jahre und ein Zuschlag von 10 Proz. Er verlangte die rechtzeitige Festsetzung der Preise nach Anhören von Sachverständigen und Betrachtern aller beteiligten Kreise. Dem Vortrage folgten vielgerühmter und lebhafter Beifall. Das Leitmotiv aller Diskussionen war die Forderung, daß der Krieg, eine Zeit für die Gesamtheit keine Lust für den Einzelnen zur Bereicherung und zur Ausnutzung seiner Mitbürger sein dürfe. Schließlich fanden die folgenden Richtlinien für die deutsche Ernährungspolitik im neuen Erntejahr mit den vorgeschlagenen Ergänzungen einmütige Annahme:

1. Sicherstellung auskömmlicher Menschenernährung — dem Vieh — zu erträglichen Preisen.

- a) Beschlagnahme hinreichender Mengen von Brotgetreide, Hafer, Gerste, Hülsenfrüchten sowie von Kartoffeln als Großgütern, für den Jahresbedarf von 70 Millionen Menschen; öffentliche Enteignungs- und Sicherungsbefugnisse für andere elementare Massenbedarfsartikel wie Magermilch, Butter — bei Mangel sonstiger Fette —, Fleischvieh, Zucker usw. auf Grund eines physiologischen Mindestbedarfsplanes
 - b) Fortführung und gegebenenfalls Weiterbildung des gemeinwirtschaftlichen Verteilungsverfahrens nach Kopfmenge für Brot usw.
 - c) Systematische Durchbildung der Höchstpreisfestsetzung für Produzenten und Händler — prozentuale Vermittelungsvergütung — mit zeitlich gestaffelten Lagerungszuschlägen, Verkaufszwang, Vorkaufsrechte für Gemeinden, gemeinnützige Anstalten usw. Eisenbahntarifpolitik. Reichsvergütungen für Auslandsbezüge. Rücksichtslose Anwendung der Bestimmungen des bürgerlichen Gesetzbuches (§ 138) und des Reichsstrafgesetzbuches (§ 263 und § 302 e) gegen wucherische Ausbeutung der Notlage des Reiches und seiner Bürger.
 - d) Systematische Herstellung und Auffpeicherung von Dauerwaren, Dörrgemüsen, Trocknartoffeln usw. Beschränkung der Trinkbranntwein- und Biererzeugung. Pflege der öffentlichen Bürgerspeisungen. Einschränkung des Streckens wichtiger Lebensmittel.
2. Öffentliche Ordnung der Viehhaltung und der Futtermittelversorgung.
3. Voraussetzungen: Errichtung einer Reichsernährungsbehörde im Zusammenwirken mit selbständigen Behörden für dezentralisiert verwaltete einheitliche Wirtschaftsbezirke in den einzelnen Reichsgegenden. Zuziehung der Konsumentenvertretungen bei allen Maßnahmen der Behörden in der Ernährungsfrage. Förderung der Ernteerzeugung und Einbringung mit geldlichen, technischen und organisatorischen Reichsmitteln. Sorgsamste Ernteschätzung. Bestandsaufnahmen für sämtliche wichtigen Nahrungs- und Futtermittel wie für landwirtschaftliche Betriebsstoffe in ständiger Wiederholung, zum ersten Male sofort nach der Ernte, mit Deklarationszwang und schärfsten Strafbestimmungen für Falschmeldungen. Einziehung der verschwiegene Borräte. Einrichtung städtischer Lebensmittelämter in allen größeren Gemeinden.

Der Vorsitzende schloß dann den überaus glänzend und fruchtbar verlaufenen Kongreß mit dem Wunsche, daß die zutagegetretene reiflose Uebereinstimmung sämtlicher Anhänger der Konsumentenbewegung über alle wichtigen Fragen auch weiterhin zum Segen der deutschen Verbraucher bestehen bleibe und die Organisation zu weiteren Erfolgen führen möge.

Die Arbeitsnachweisfrage und die Arbeiterinnen.

Die Regelung des Arbeitsnachweiswesens im Sinne der Anträge der Gewerkschaften an die Reichsregierung wäre ganz besonders im Hinblick auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Arbeiterinnen von erheblicher Bedeutung gewesen. Mehr noch als in den Kreisen der Arbeiter, ist bei den Arbeiterinnen die Arbeitsannahme durch Vermittlung von Bekannten, durch Anfragen und durch Annonzen üblich. Diese Form der Arbeitsvermittlung begünstigt die Ausnutzung der menschlichen Arbeitskraft. Deshalb haben die gewerkschaftlichen Organisationen von Anfang an die Regelung der Arbeitsvermittlung als eine ihrer Aufgaben angesehen. Für einen erheblichen Teil der organisierten Arbeiter erfolgt die Vermittlung durch die tariflichen Organisationsnachweise.

Jede organisierte Arbeitsvermittlung wird einen gewissen Einfluß auf die Arbeitsbedingungen ausüben. Selbst wenn Leiter von öffentlichen Arbeitsnachweisen dieser Frage wenig Beachtung schenken sollten, wird der Einfluß schon durch das Zusammensein der Arbeitslosen und ihre gegenseitige Aussprache über die Bedingungen hier und da geschaffen werden. Bei den durch die gewerkschaftlichen Organisationen errichteten Arbeitsnachweisen spielen die Arbeitsbedingungen aber eine große Rolle für die Vermittlung. Daher sträuben sich ja auch die Unternehmer immer, die gewerkschaftlichen Arbeitsnachweise zu benutzen oder mit den Arbeiterorganisationen gemeinsame, paritätische Nachweise zu errichten. Es ist nicht

so sehr die Abneigung, mit Vertretern von Arbeiterorganisationen in Berührung zu kommen, als die Furcht, günstige Arbeitsbedingungen gewährleisten zu müssen, die das Verhalten der Unternehmer in dieser Frage hervorruft.

In der Regel besteht für Unternehmer, die überwiegend oder ausschließlich weibliche Arbeitskräfte beschäftigen, diese Gefahr nicht. Nur die wenigsten Arbeiterinnen nehmen die Hilfe der bestehenden Arbeitsnachweise in Anspruch. Hierbei fällt auch der Umstand ins Gewicht, daß es gerade für die Berufe mit Frauenarbeit wenig und nicht an allen Orten Arbeitsnachweise gibt. Die Arbeiterinnen bringen in ihrer Mehrzahl den Organisationen immer noch zu wenig oder gar kein Interesse entgegen, so daß diese für die Errichtung von paritätischen oder eigenen Arbeitsnachweisen nur wenig wirken können. So müssen nun die arbeitssuchenden Frauen von Betrieb zu Betrieb, von Werkstatt zu Werkstatt laufen, die Säulenschläge und Annonzen durchsehen oder sich „unter der Hand“ Arbeitsgelegenheit besorgen lassen. Die auf solche Weise in Beschäftigung Treten können aber nur selten Bedingungen bei der Uebernahme von Arbeit stellen. In den meisten Fällen müssen sie zufrieden sein mit dem, was ihnen geboten wird.

Dies ist namentlich dann der Fall, wenn die Nachfrage nach Arbeitskräften geringer ist als das Angebot. Während der Kriegszeit war nun die Nachfrage nach Arbeit seitens weiblicher Arbeitskräfte ganz erheblich stärker als das Verlangen nach solchen. Mit Ausnahme einiger Zweige der Näheret und der Metall- und Lederwarenbranche sind Arbeiterinnen auch heute noch in vielen Berufen in größerer Zahl vorhanden als verlangt werden. Es ist nicht in allen Fällen möglich, die durch die Einziehung des Landsturms frei gewordenen Arbeitsplätze von Männern durch Frauen zu besetzen. Vielfach reichen die Körperkräfte der Frauen hierzu nicht aus oder die Arbeit ist aus anderen Gründen für Frauen nicht geeignet. Häufig ist aber auch Unkenntnis über die Zahl der vorhandenen Arbeitskräfte und ihre Leistungsfähigkeit und über die offenen Stellen die Ursache.

Diesem Uebelstande sollte durch die Vorschläge der Gewerkschaften in der Arbeitsnachweisfrage entgegengewirkt werden. Es wurden für alle Orte Arbeitsnachweise gefordert, die unter Leitung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern stehen und deren Aufgaben neben der Arbeitsvermittlung auch genaue Feststellungen über den Umfang der Arbeitslosigkeit und der vorhandenen Arbeitsgelegenheiten sein sollen. Wo durch die Organisationen günstige Arbeitsbedingungen festgelegt waren, sollten die Arbeitsnachweise verpflichtet werden, nicht zu schlechteren Bedingungen Kräfte zu vermitteln.

Nach den bisherigen Erfahrungen hat die Reichsregierung nicht die Absicht, diese Forderungen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen zu erfüllen. Dies ist besonders in Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage der Arbeiterinnen sehr zu bedauern. Die Arbeitslosigkeit unter diesen ist noch jetzt recht erheblich. Da die wenigsten einer Organisation angehören, so stehen sie meist ohne jede Unterstützung da. Der größte Teil der Gemeinden ist nicht dem Beispiele von Berlin und anderen Großstädten gefolgt und hat wie diese eine Unterstützung an Arbeitslose eingeführt. Da ist es denn kein Wunder, wenn die Mittellosigkeit vieler Frauen zum gegenseitigen Unterbieten führt, nur um Arbeit zu bekommen. Hinzu kommt noch, daß eine Anzahl Kriegerwitwen, die bisher nicht gearbeitet haben, nun oder in Zukunft gezwungen sein werden, sich welche zu verschaffen, weil sie mit der Rente allein nicht auskommen. Dadurch erhöht sich zweifellos das Heer der arbeitslosen Frauen und Mädchen und die Zahl derjenigen, die nicht so sehr auf die Höhe des Verdienstes sehen brauchen. Die Rente gibt den Kriegerwitwen ohne weiteres ein Anrecht auf ein bestimmtes Einkommen. Bei dem geringen Widerstand, den ganz allgemein die Arbeiterinnen den Versuchen entgegenbringen, die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern, ist damit zu rechnen, daß die Rente der Kriegerwitwen Anlaß geben wird, ihnen geringere Löhne zu zahlen, die dann wieder auf die Entschädigungen und Verdienste der übrigen Arbeiterinnen zurückwirken.

Umso größer ist deshalb der Wunsch, daß die Arbeiterinnen endlich einsehen lernen, daß auch sie sich den bestehenden Organisationen anschließen müßten. Umfassend diese einen erheblichen Teil der Beschäftigten, dann sind sie in der Lage, den Abschluß günstiger Arbeitsbedingungen herbeizuführen, auch ihre Mitglieder gegen Arbeitslosigkeit und ihre Folgen zu schützen.

Die Stellungnahme der Regierung zur Forderung der Arbeiterorganisationen gibt aufs neue den Beweis, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen nur auf sich selber angewiesen

sind und nur der Zusammenhalt sie schützen und ihnen Hilfe bringen kann in schwierigen Situationen, die über die Bevölkerung ohne ihre Schuld hereinbrechen können.

Aus anderen Verbänden

Der Buchbinderverband im Jahre 1914. In dem soeben herausgegebenen Jahresbericht des Buchbinderverbandes werden in dem einleitenden Kapitel die Einwirkungen des Krieges auf den Verband und die Maßnahmen des Verbandsvorstandes in Bezug auf die außergewöhnlichen Verhältnisse geschildert. Wie so manche andere Organisation mußte der Verband notgedrungenemmaßen in den ersten Kriegswochen infolge der tiefsten Arbeitslosigkeit seine statutarischen Unterstützungen fast alle außer Kraft setzen und sie durch eine sogenannte „Kriegsunterstützung“ ersetzen, die allen arbeitslosen Mitgliedern mit mindestens 52wöchiger Mitgliedschaftsdauer zugute kam. Die Invalidenunterstützung jedoch blieb völlig aufrechterhalten. Nachdem der erste Schreck vorüber und die Unternehmer versuchten, sich den neuen Verhältnissen anzupassen, indem sie wieder produzierten — beim Kriegsausbruch hatten manche ihre Betriebe kopflos geschlossen — und die Arbeitslosigkeit, wenn auch nur allmählich, zurückging, wurden die statutarischen Unterstützungen vom 3. Oktober in beschränkter Weise wieder eingeführt, mit Ausnahme der Krankenunterstützung, während die Hinterbliebenenunterstützung zur Hälfte wie bei den übrigen Mitgliedern auch den Angehörigen der im Kriege Gefallenen zugute kam, obgleich dies im Statut nicht vorgesehen ist. Der höchste Stand der Arbeitslosigkeit war in der Woche vom 23. bis 29. August mit rund 12 000 arbeitslosen Mitgliedern zu verzeichnen. An Arbeitslosenunterstützung wurden 253 943 Mark, an „Kriegsunterstützung“ 185 949 Mark, also zusammen für Arbeitslose 439 892 Mark von der Hauptkasse verausgabt, gegenüber 167 685 Mark im Jahre 1913. Als weitere Unterstützungssummen kommen in Betracht: Für Kranke 68 704 Mark, für Invalide 970 Mark, für Umzug 2904 Mark, für Hinterbliebene 4562 Mark; ferner wurden für Lohnbewegungen 80 529 Mark, für Gemahregelte 7598 Mark und für Unterstützung in besonderen Notfällen 988 Mark verausgabt. Die gesamten Ausgaben der Verbandskasse, unter Ausschluß der örtlichen Kassen, beliefen sich auf 837 470 Mark, während die Gesamteinnahmen der Hauptkasse nur 664 149 Mark betragen, sodaß der Uebertrag der Ausgaben aus den Vermögensbeständen gedeckt werden mußte.

Die Mitgliederzahl des Verbandes betrug im Jahresdurchschnitt 28 726, wovon 14 052 männliche und 14 674 weibliche Mitglieder waren. Der Jahresdurchschnitt dagegen für 1913 belief sich auf 32 381 Mitglieder. Neben den 3700 Mitgliedern, die im 3. und 4. Quartal zum Heeresdienst überufen wurden, schieden in diesen beiden Quartalen 5180 Mitglieder aus dem Verbandsverbande aus, und zwar 1897 männliche und 3283 weibliche, sodaß am Schlusse des Jahres nur noch 10 816 männliche und 12 685 weibliche, zusammen 23 501 Mitglieder vorhanden waren, wobei zu berücksichtigen ist, daß im Gegensatz zu normalen Zeiten die weiblichen Mitglieder viel härter von der Arbeitslosigkeit betroffen wurden als die männlichen. — Hervorzuheben ist noch, daß durch die Beteiligung an der „Internationalen Ausstellung für Buchgewerbe und Graphit“ zu Leipzig dem Verbandsverbande eine Ausgabe von 11 544 Mark erwuchs. In einer interessanten Uebersicht über „Tarifverträge und Tarifstatistik“ wird im Jahresbericht u. a. der Anteil der verschiedenen Berufsgruppen an den Tarifverträgen nachgewiesen und eine tabellarische Uebersicht über die tariflichen Löhne für Arbeiter und Arbeiterinnen nach den Altersstufen gegeben.

Trotz der hohen Ausgaben und des verminderten Mitgliederbestandes im Kriegsjahr 1914 schnitt der Verband finanziell nicht ungünstig ab, denn sein Vermögen betrug am Jahresschluß 1 168 505 Mark, wovon 807 028 Mark in der Hauptkasse enthalten waren, während 29 558 Mark als Vortrag in den Kassen der Zahlstellen und Gaue, 326 942 Mark in den örtlichen Kassen und 4978 Mark in der Unfall-Unterstützungskasse für Funktionäre sich befanden. Von dem Bestand der Hauptkasse werden 382 020 Mark als Reserven für die Invalidenunterstützung gerechnet.

Im allgemeinen hat der Verband die schwere Prüfung, welche der Krieg ihm auferlegte, gut bestanden, sodaß man begründete Hoffnung auf das Durchhalten während des ferneren Verlaufs des Krieges und nach dessen Beendigung hegen darf.

Vermischtes

Die Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine in Hamburg hat ihren Bericht für das 21. Geschäftsjahr 1914 herausgegeben. Er stellt fest, daß die fünf Monate Kriegszeit von August bis November große Schwierigkeiten in der Warenbeschaffung brachten. Ein abschließendes Bild soll aber erst gegeben werden, wenn der Krieg vorüber ist. Aus diesem Grunde gibt der Bericht auch keinerlei Einzelheiten dieser Art an. Es wird aber darauf hingewiesen, daß die G. E. G. mit Erfolg bemüht gewesen sei, „den breiten Volksschichten die nötigen Bedarfsartikel gut und so billig als möglich zuzuführen.“ Man habe die Waren ohne besonderen Nutzen in sehr vielen Fällen preiswert verschaffen können.

Der gesamte Umsatz belief sich auf 157 1/2 Millionen Mark, etwa 3 1/2 Millionen mehr als im Vorjahre. Die fünf Kriegsmomente unterschieden sich in dieser Hinsicht jedoch stark von den ersten sieben Monaten des Jahres. Während vom Januar bis Juli ein Mehrumsatz von 7 679 000 Mt. erzielt wurde, ergibt sich für August-Dezember ein Minderumsatz von 4 003 000 Mark. Die in den verschiedenen Bezirken des Reichs bestehenden 48 Einkaufsvereinigungen der Konsumvereine setzten 47 3/4 Millionen Mark bei der G. E. G. um, das sind etwa 10 1/2 Millionen Mark weniger als im Vorjahre. In der Art der Umsätze haben also starke Verschiebungen stattgefunden. Als Mitglieder angeschlossen sind der G. E. G. 813 Genossenschaften, die Zahl der Warenentnehmenden beträgt jedoch 1479. — Von genossenschaftlichen Organisationen der verschiedenen Art bezog die G. E. G. für 9 045 000 Mark Waren, u. a. große Posten Fleischwaren aus Konsumvereinen, die Fleischereien besitzen. Der Umsatz in den eigenen Produktionsbetrieben betrug: Seifenfabrik Gröba bei Riesa 6 568 527 Mark (mehr 224 844 Mark), drei Zigarrenfabriken in Hamburg, Frankenberg, Hohenheim 2 533 092 Mt. (109 684 Mark weniger), Kautschukfabrik 358 349 Mark (7785 Mark mehr), Säbholzfabrik 527 628 Mt., Mostrichfabrik 161 929 Mark und Risten wurden für 17 979 Mark hergestellt. In der Tabak- und Zigarrenfabrikation war die G. E. G. auch an Heereslieferungen beteiligt. Insgesamt wurden am Ende des Berichtsjahres 2015 Personen beschäftigt, darunter 870 weibliche; in den drei Tabakfabriken allein 933 Personen. An Gehältern und Löhnen waren zu zahlen 2 402 000 Mark, wovon auf Zentrale und Lager 1 185 000 Mt. entfallen. Der Reingewinn beträgt 2 174 000 Mt., die Unkosten belaufen sich auf 1 095 476 Mt. An Steuern mußten 166 000 Mark gezahlt werden.

Die Bankabteilung entwickelt ihren Verkehr in der Hauptsache mit Konsumvereinen, Gewerkschaften und „anderen Organisationen“. Private kommen nur wenig in Betracht. Die Bankeinzahlungen betrugen am 31. Dezember 1914 rund 20 Millionen Mark, gegen 25 1/4 Million am 1. Januar 1914. — Die Generalbilanz schließt ab mit der Summe von 70 688 160 Mt. Das Stammkapital beträgt 6 Millionen, die Reserven über 8 Millionen Mark. — Die Generalversammlung der G. E. G. wird Mitte Juni in Frankfurt a. M. abgehalten.

Adressen-Änderungen

Bunzlau. H. Heinrich Wagner, M., Sprottanerstr. 3 — Nr. Gg. Zimmermann, Fr., Rothlacherstr. 18.
Stadtlengsfeld. W. Wilhelm Weichler, Krankenhausstr. — H. Heinrich Radolph, Schulstr.

Versammlungs-Anzeigen

Zahlreicher Besuch in den Versammlungen erwünscht.
Huma. Sonnabend, 6. Juni, 8 Uhr.
Berlin. Freitag, 11. Juni, abends 8 Uhr, im Büro: Verwaltungsbüro.
Einshoru. 3. Juni, 12 Uhr, bei Hinrichs, Petersenstr. 11.
Ellerwerda. Sonnabend, 5. Juni, 8 Uhr, im „Schwarzen Adler“.
Freudenthal. Sonnabend, 12. Juni, 8 Uhr, bei Kollmann.
Magdeburg. Sonnabend, 5. Juni, 8 1/2 Uhr, bei Hartnack, Schmiedestraße 58.
Harnburg. Sonnabend, 5. Juni, 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Neue Gasse.
Stadtlengsfeld. Sonnabend, 5. Juni, im Gasthaus „Zur Sonne“.
Cielesfurt. Sonnabend, 5. Juni, in der Brauerei (lange Straße).

Totenliste unserer im Felde stehenden Kollegen.

Johes Staud, Schildermaler, geb. am 27. Januar 1891 in Lobsens, gefallen am 16. Mai bei den Kämpfen am Merkanal durch Lungenschuß. Mitglied der Zahlstelle Berlin.

Robert Habermann, Dreher, geb. am 15. Mai 1891 in Hohenberg a. Eger, gefallen am 10. Mai bei Stenchn (Frankreich). Mitglied der Zahlstelle Schirnding.

Carl Langbein, Dreher, geb. 14. April 1889 in Rudolstadt, auf dem Marsche in Frankreich am Herzschlage verstorben.

Paul Fritze, Formengießer, geb. am 12. Mai 1888 in Volkstedt, gefallen in Frankreich.

Otto Kolbe, Former, geb. am 21. Dezember 1889 in Volkstedt, gefallen in Rußland. Diese drei Vorgenannten waren Mitglieder der Zahlstelle Volkstedt.

Ehre ihrem Andenken!

Sterbefälle.

Cöln. Jean Kirfgen, Figurist, geb. 16. Juli 1867 in Döhr, Kreis Cochem, gest. 10. Mai an Gehirnschlag. Mitglied seit 1908. In ihm verliert die Zahlstelle einen ihrer Mitbegründer und allezeit für die Organisationsbestrebungen tätigen Kollegen.

Olschatz. Emma Wendt, Putzerin, geb. 15. Januar 1898 zu Strehla, gest. 19. Mai an Lungenschwindsucht.

Volkstedt. Ferdinand Freund, Sortierer, geboren 5. Juli 1855 in Kleinreinsdorf, gest. an Lungenleiden. Mitglied seit 1912.

Ehre ihrem Andenken!

Arbeitsgesuche u. Arbeitsangebote kostenlos

Arbeitsmarkt

Offerten-Beförderung nur bei Porto-Einzufügung

Porzellandreher, militärfrei, auf große und kleine Hohl- und Flachgeschirre gut eingearbeitet, such. Stellung, am liebsten in der feineren Geschirrbbranche. Bei normaler Einrichtung wird für saubere und gute Ware garantiert. Best. Offerten unter N. C. an die Redaktion der „Ameise“ erbeten.

Einige tüchtige

Cellerdreher sowie mehrere **Brennhausarbeiter** tüchtige für dauernde Beschäftigung zum sofortigen Eintritt gesucht.

Magdeburger Steingutfabrik C. & E. Carstens, Magdeburg-Neustadt.

Preis der 2-gespaltenen Beitzelle 80 Pfennig

Geschäfts-Anzeigen

Vorausbezahlung ist Bedingung

Alle Goldabfälle kauft höchstzahlend

H. Langhammer, Wilkau bei Zwickau i. Sa.

Goldschmied, goldh. Malrückstände usw.

kauft **M. Köhler, Dresden-N., Gericht-Str. 8 II.**
 Höchste Preise. — Reelle Bedienung. — Sofort Kass.

Goldschmied und Goldflaschen kauft zu hohen Preisen bei reeller Bedienung

Hans Roffmann, Stadtilm in Thür., Bahnhofstr.

Goldschmied, Goldflaschen und alle in der Berggolderei vorkommenden Abfälle kauft bei pünktlicher reeller Bedienung

Oskar Roffmann, Stadtilm i. Thür.

Segeltuch-Arbeitschuhe, Sandalen, Pantoffeln usw. liefert in dauerh. Ausführung zu billigsten Preisen **F. Girbardt, Timenau i. Thür.** Preisliste frei.

Herausg. v. Verband der Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiterinnen
 Redaktion: Joh. Schneider, Charlottenbg., Rostf. 4.
 Verlag: Wilhelm Herden, Charlottenburg, Rostf. 4.
 Druck von Otto Goerke, Charlottenburg, Wallstraße 22.